



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

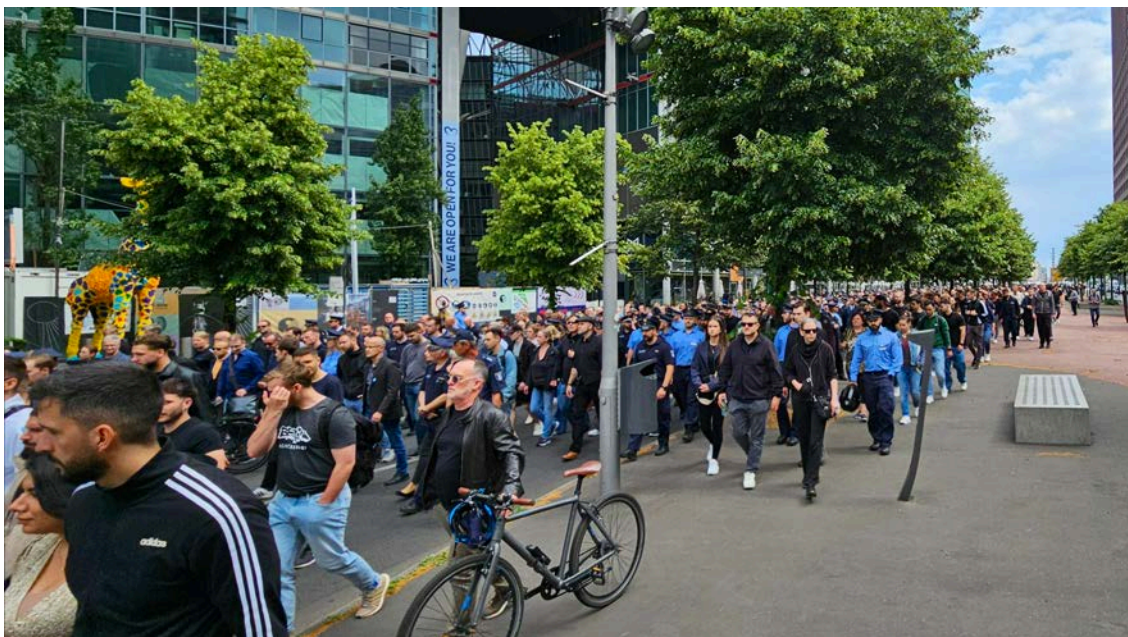
die Europawahlen vom vergangenen Sonntag prägten den Wochenstart in Berlin. Die CDU kann zurecht stolz sein, das beste Ergebnis aller Parteien mit 30 Prozent eingefahren zu haben. OWL ist seit 5 Jahren endlich wieder in Straßburg vertreten. Verena Mertens ist die starke Stimme im Europäischen Parlament für unsere Region. Herzlichen Glückwunsch! Neben aller Freude sind die Ergebnisse der Wahlen aber auch verstörend, denn einerseits verliert die Ampel stark an Stimmen, wo man den Regierungsanspruch infrage stellen muss und andererseits erstarken die extremen Rechten. Daher ist für uns als CDU klar, dass wir große Verantwortung tragen und den Menschen eine politische Heimat geben wollen. Deutschland hat weit mehr verdient als es gerade erfährt.

Und europäisch geht es weiter. Die Vorbereitungen zur Euro24 laufen auf Hochtouren. Deutschland empfängt die anderen Fußballnationen, die Fanmeilen laden Public Viewing Begeisterte ein, gemeinsam die Spiele zu schauen und zu feiern. Allein in der Hauptstadt werden 2,5 Millionen Gäste erwartet. Das Sicherheitsaufgebot ist riesig. Gerade in Berlin. Dazu kam diese Woche noch hoher Staatsbesuch. Im Rahmen der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine war deren Präsident Wolodymyr Selenskyj angereist und sprach auch im Bundestag. "Wir werden diesen Krieg beenden, im Interesse von uns allen und im Interesse derer, die nach uns kommen." Besser und klarer hätte man es nicht formulieren können. Wir alle tragen eine Mitverantwortung und Deutschland steht fest und solidarisch an der Seite der Ukraine - für die Freiheit und den Wiederaufbau des Landes. Umso respektloser ist das Fernbleiben der Abgeordneten von AfD und BSW, die damit ihre wahre Gesinnung offengelegt haben.

Ich wünsche uns allen friedliche und fröhliche Fußballspiele. Sport verbindet. Lasst uns daher den Fußballsommer gemeinsam genießen. Heute Abend geht es los.

Mit sportlichen Grüßen

Kerstin Vieregge



KLARE KONSEQUENZEN AUS DEM TERROR VON MANNHEIM ZIEHEN

Der grausame, mutmaßlich islamistisch motivierte Terroranschlag in Mannheim und der Mord an einem jungen Polizisten schockieren Deutschland und wirken nach. Die

heimtückische Tat fällt in eine Zeit, in der die Sicherheitslage im Inneren wie im Äußeren ohnehin bereits angespannt ist. Es braucht jetzt schnelles Handeln der Bundesregierung und sichtbare, wirksame Ergebnisse. Die Zeit des bloßen „Warnens“ und „Verurteilens“ ist vorbei. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – legen wir dar, was jetzt getan werden muss. Unsere wichtigsten und vordringlichsten Forderungen sind: Die Bundesregierung muss den Bundesländern jede mögliche Unterstützung zukommen lassen, damit abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Das muss gerade auch für Gefährder und Straftäter aus Afghanistan, Syrien, Eritrea, Somalia und Libyen gelten. Auch müssen wir neue Antworten darauf finden, wie mit schweren Straftätern und Gefährdern umzugehen ist, die ausreisepflichtig sind und freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren könnten, aber eine Abschiebung nicht möglich ist. Darüber hinaus fordern wir, die Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen aufrecht zu erhalten. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist noch vor dem Inkrafttreten am 27. Juni 2024 rückgängig zu machen.

[Mehr dazu...](#)



GESETZ ZUR MODERNISIERUNG DES POSTRECHTS

Deutschlands Postmärkte der Zukunft – Zuverlässig, erschwinglich, digital. Die Bundesregierung plant eine Novelle des Postgesetzes und hat dazu ihren Entwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Postrechts vorgelegt, den wir in dieser Woche abschließend in zweiter und dritter Lesung debattieren. Das derzeitige Postgesetz gilt seit 1997 bis auf wenige Ausnahmen unverändert. Der Antrag legt unsere Forderungen für die Reform des Postgesetzes dar. Wir wollen insbesondere die Regulierung im Postwesen auf das Notwendige begrenzen und Postmärkte, in denen der Wettbewerb funktioniert, aus der sektorspezifischen Regulierung entlassen. Die Paketbranche wollen wir aus dem gesondert regulierten Universaldienst grundsätzlich in den freien Markt überführen, zugleich aber die Arbeitsbedingungen dort verbessern. Den Briefmarkt hingegen wollen wir in der sektorspezifischen Regulierung belassen. Den Fokus für die Qualitätsvorgaben wollen wir auf eine

möglichst zuverlässige Zustellung von Briefsendungen legen. Briefsendungen sollen innerhalb von drei Werktagen nach Einwurf ihren Bestimmungsort erreichen. Die Laufzeitvorgabe soll künftig im Schnitt von 99 Prozent der Sendungen nicht überschritten werden dürfen. Dieser Wert soll nicht mehr im gesamten Bundesgebiet und im Jahresdurchschnitt, sondern in einem von der Bundesnetzagentur festgelegten Zustellgebiet im Quartalsdurchschnitt erreicht werden. Die Briefzustellung soll künftig an fünf Tagen in der Woche erfolgen. Zum Universaldienst soll künftig auch das Anbieten einer rudimentären Möglichkeit der digitalen Nachverfolgbarkeit von Briefsendungen gehören.

[Mehr dazu...](#)



STUDIERENDE UND AUSZUBILDENDE IM FOKUS

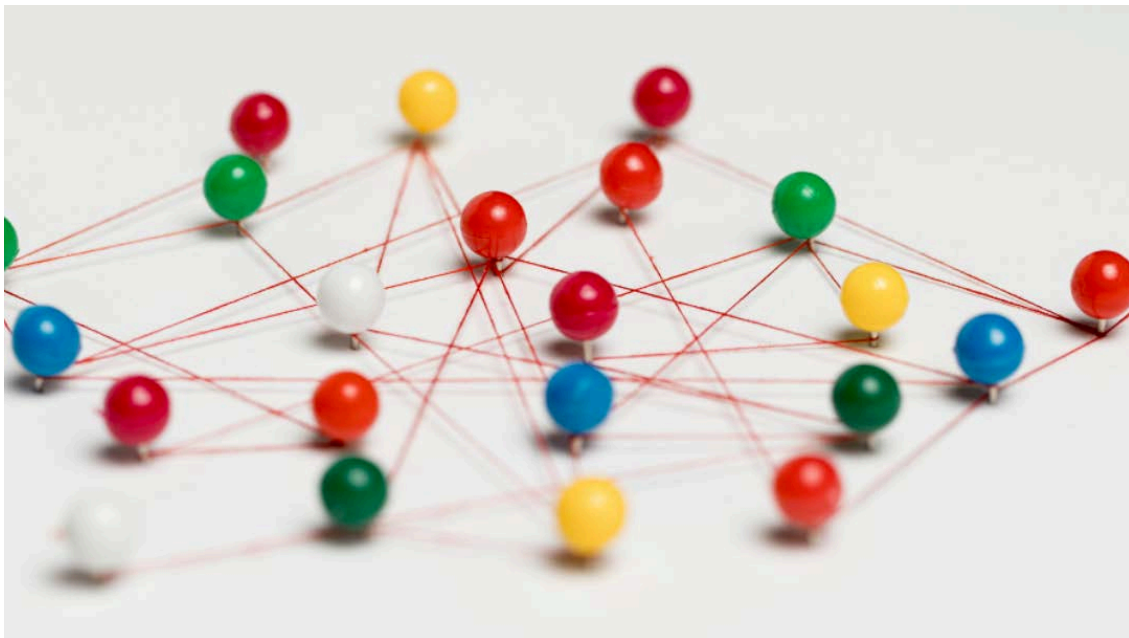
Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG). Die Bundesregierung folgt mit dem Gesetzentwurf einem Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag. Mit dem Gesetz soll ein standardisiertes Validierungsverfahren geschaffen werden. Damit können Berufskompetenzen, die außerhalb des formalen Berufsbildungssystems erworben wurden, in Bezug auf einen anerkannten Berufsabschluss bewertet und zertifiziert werden können. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft die gesetzliche Verankerung eines Validierungsverfahrens zur Anerkennung nicht-formaler, berufsrelevanter Kompetenzen. Darüber hinaus werden in diesem Gesetzentwurf einzelne Digitalisierungsmaßnahmen geregelt. Wir begrüßen den Gesetzentwurf im Grundsatz. Es ist insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels positiv, wenn langjährig Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern die Möglichkeit eingeräumt wird, sich berufsrelevante Kompetenzen anerkennen zu lassen und so bessere Berufsperspektiven zu erzielen. Gleichwohl löst der vorgelegte Entwurf seitens des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) sowie bei weiteren Verbänden und Organisationen der beruflichen Bildung erhebliche Besorgnis aus.

Zum einen besteht die berechtigte Befürchtung, dass durch das im Gesetz verankerte Verfahren das etablierte duale Ausbildungssystem untergraben werden könnte. Dieses Risiko besteht insbesondere, da der vorliegende Gesetzentwurf kein Mindestalter als Voraussetzung für das Validierungsverfahren formuliert. Dadurch entsteht ein alternativer Weg zur Berufstätigkeit, der die Notwendigkeit einer regulären Ausbildung umgeht und infolgedessen die Qualität der Berufsausbildung langfristig mindert.

[Mehr dazu...](#)

Das BAföG auf die Höhe der Zeit bringen. Ziel des BAföG ist es, eine individuelle Ausbildungsförderung zu leisten. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass die Regelsätze zum Leben ausreichen und fortlaufend angepasst werden. Mit unserem Antrag fordern wir, die BAföG-Regelsätze vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten bedarfsgerecht auszugestalten und regelmäßig durch eine unabhängige Kommission überprüfen zu lassen. Diese Kommission soll alle zwei Jahre dem Bundestag Empfehlungen unterbreiten, mit denen sich der Bundestag sodann befassen soll. Des Weiteren sollen die Bewilligungszeiten verlängert und der Aufwand für Folgeanträge durch Selbsterklärungen mit Stichprobenprüfungen reduziert werden. Wir fordern eine Vereinfachung und Beschleunigung der BAföG-Antragstellung sowie die vollständige Digitalisierung des BAföG-Antragsbearbeitungsverfahrens in Zusammenarbeit mit den Ländern. Zudem soll der Gesetzesvollzug für das Auslands-BAföG im Bundesverwaltungsamt verankert und die Öffnung für Teilzeitstudenten geprüft werden. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche abschließend beraten, machen wir konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Studentinnen und Studenten und zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren in Sachen BAföG. Dabei gilt, dass das BAföG auch weiterhin als subsidiäre Sozialleistung von der individuellen Bedürftigkeit abhängt. Parallel dazu beraten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein **Neunundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes** abschließend in zweiter und dritter Lesung. Dieser Gesetzentwurf der Regierungskoalition bleibt inhaltlich weit hinter dem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zurück, das BAföG grundlegend durch eine versprochene große Strukturreform zu reformieren. Die letzte Erhöhung der Bedarfssätze inklusive des Wohnkostenzuschusses fand vor zwei Jahren statt. Seitdem haben auch BAföG-Empfänger unter der hohen Inflation der letzten Jahre gelitten. Der vorliegende Gesetzentwurf gibt keine Antwort auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten, obwohl die hiervon Betroffenen und auch Angehörige der regierungstragenden Parteien SPD und Grüne dies in den vergangenen Wochen mehrfach deutlich gefordert hatten. Ebenso gibt der Gesetzentwurf keinen neuen Schwung für die dringend erforderliche vollständige Digitalisierung des BAföG-Antragsverfahrens.

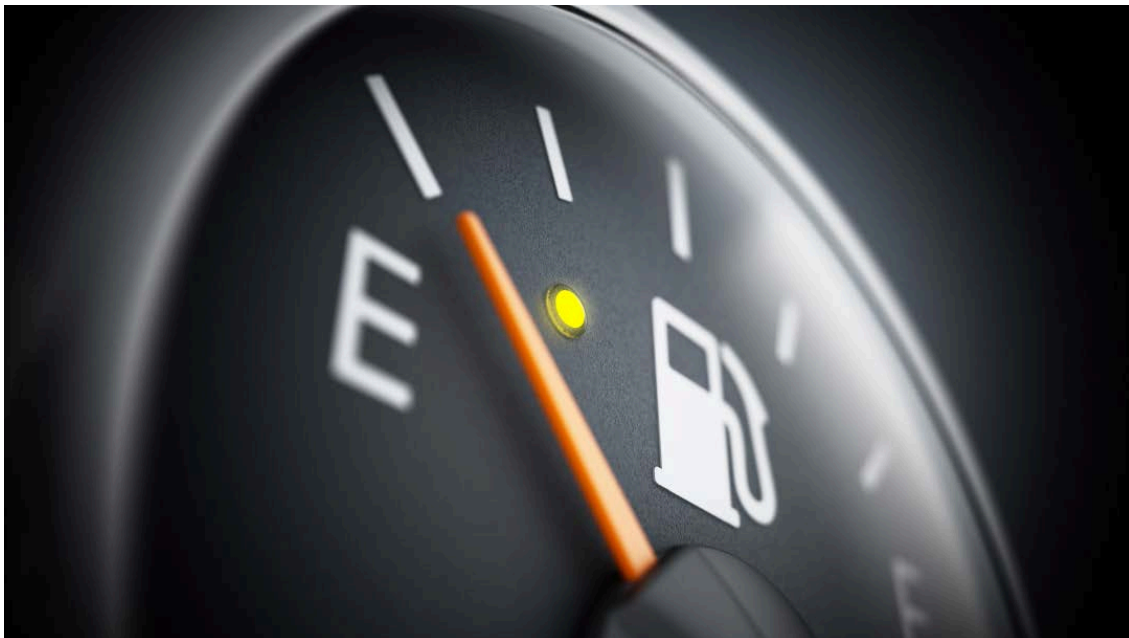
[Mehr dazu...](#)



GESETZ ZUR AUFHEBUNG DES GESETZES ÜBER UNTERNEHMERISCHE SORGFALTPFLICHTEN ZUR VERMEIDUNG VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN LIEFERKETTEN

Bundesminister Robert Habeck hat sich in der vergangenen Woche dafür ausgesprochen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz) für zwei Jahre auszusetzen. Mit unserem Gesetzesentwurf geben wir ihm die Gelegenheit, seinem eigenen Vorschlag auch mit entsprechendem Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen. Das deutsche Lieferkettengesetz vom 16. Juli 2021 verpflichtet seit dem 1. Januar 2023 Unternehmen ab einer bestimmten Größe, Sorgfaltspflichten in Bezug auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu beachten. Im Sommer 2024 hat die EU eine EU-weite Lieferkettenrichtlinie beschlossen. Diese ist innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umzusetzen. Sie geht in verschiedenen Bereichen über das Lieferkettengesetz hinaus (u.a. erweiterte Sorgfaltspflichten, zivilrechtliche Haftung, andere Unternehmensgrößen). Es hat keinen Sinn, an den Verpflichtungen aus dem deutschen Lieferkettengesetz festzuhalten, während sich die Unternehmen bereits auf die neuen Verpflichtungen aus der Europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten. Diese vermeidbare Mehrbelastung hätte einen nicht gerechtfertigten Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt zur Folge. Bundesminister Habeck hat erfreulicherweise unsere Forderung aufgegriffen, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen. Das wäre ein einfacher und dringend erforderlicher Beitrag zum Abbau von Bürokratie und lässt sich mit unserem Gesetzesentwurf schnell umsetzen. Die Doppelbelastung deutscher Unternehmen muss vermieden werden. Es braucht jetzt sofort ein Belastungsmoratorium, damit die deutsche Wirtschaft aus der Krise findet.

[Mehr dazu...](#)



TECHNOLOGIEOFFENHEIT STATT VERBRENNERVERBOT

Wir wollen, dass Deutschland zukunftsfähige und klimafreundliche Mobilität schafft, ohne auf Verbote von Verbrennungsmotoren zu setzen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Zukunft des klimafreundlichen Verbrennungsmotors in Deutschland dauerhaft zu sichern. Wir stehen für eine technologieoffene Herangehensweise, bei der alle verfügbaren klimafreundlichen Antriebe und Kraftstoffe genutzt werden. Wir treten dafür ein, dass klimafreundliche Kraftstoffe nicht bereits ab 2035 eine 100-prozentige CO₂-Emissionsreduktion über die gesamte Produktionskette erfüllen müssen. Außerdem sollen vergleichbare Maßstäbe für die Bewertung von klimafreundlichen Kraftstoffen und alternativen Antriebssystemen angewendet werden. Dies umfasst auch die Berücksichtigung der gesamten CO₂-Bilanz eines Fahrzeugs über seinen Lebenszyklus hinweg. Mit unserem Antrag fordern wir zudem eine Strategie zur Förderung des Markthochlaufs klimafreundlicher Kraftstoffe.

[Mehr dazu...](#)



MEHR WERTSCHÄTZUNG FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

Viele Familien fühlen sich bei der Pflege von Angehörigen allein gelassen. Die häusliche Pflege ist oft eine Vollzeittätigkeit mit hohen physischen und psychischen Belastungen. Pflegende Angehörige, die über 80% der Pflegebedürftigen zu Hause betreuen, verdienen mehr politische Aufmerksamkeit. Angesichts des demografischen Wandels und des Pflegenotstands sind lokale Netzwerke und Entlastungsmaßnahmen unerlässlich. Pflegende Angehörige benötigen Unterstützung und verlässliche Konzepte, um die Versorgung nachhaltig zu sichern. Erste Maßnahmen wurden ergriffen, aber es braucht weitere Schritte, um die Pflege zukunftsfest zu machen.

[Mehr dazu...](#)



BESUCH BEI DER EVANGELISCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR SOLDATENBETREUUNG

Diese Woche nahm ich an einer Podiumsdiskussion der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung teil, bei der auch die Wehrbeauftragte Eva Högl anwesend war. Die Diskussion drehte sich um die Belastungen, denen Soldatenfamilien gegenüberstehen, und wie wichtig offenes Sprechen und Information für die Familien sind. Eva Högl betonte, dass es keine Tabus geben sollte und Familien ermutigt werden müssen, ihre Sorgen offen zu teilen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Wehrhaftigkeit und den Verteidigungsfähigkeiten unserer Streitkräfte, sowie der Bedeutung von Unterstützung für Soldaten und ihre Familien. Kinder von Soldaten benötigen besondere Achtsamkeit und sollten Zugang zu Gemeinschaften mit ähnlichen Erfahrungen haben. Abschließend wurde betont, dass ausreichende Unterstützungsangebote und offene Kommunikation innerhalb der Familien und Gemeinschaften unerlässlich sind.

WEITERE IMPRESSIONEN DER SITZUNGSWOCHE



Austausch mit Praktikanten der Bundestagsverwaltung



Wolodymyr Selenskyj im Plenum des Bundestages

Tourismus und Sport...



eine gute Kombination!

Digitales Fachgespräch zu Tourismus und Sport



MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



BUNDESWEITER TRIKOTTAG

Eine seltene Gelegenheit und ein tolles Gefühl: Heute bringe ich den Sport aus Lippe nach Berlin und trage voller Stolz den Schal der HSG Blomberg-Lippe.

Denn heute ist bundesweiter Trikottag. Ein Tag, der den Sport, die Vereine und vor allem die Menschen, die dahinter stehen, in den Mittelpunkt stellt.

Deshalb sage ich besonders denen, die sich ehrenamtlich engagieren, die anpacken, die organisieren, die Dinge möglich machen im und für den Verein „herzlichen Dank!“. Sie alle leisten einen unschätzbaren und immer wichtiger werdenden Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das soziale Miteinander. Gerade in der heutigen Zeit ist der Verein ein wichtiger Stabilisator, ein Garant für Kameradschaft und Geselligkeit.



Der Haushaltsausschuss des Bundes hat für Lippe entschieden: Detmold bekommt Fördermittel in Höhe von 3,3 Mio. Euro für die klimafreundliche Gestaltung des Zukunft-Lust-Parks Friedrichtal und des grünen Parkbandes, das die Stadt durchziehen soll. Wieder einmal kann damit ein innovatives Projekt aus Lippe Vorbildwirkung entfalten für die Stadtentwicklung in Deutschland insgesamt.

Herzlichen Glückwunsch an alle Projektverantwortlichen!



Zu Gast in Augustdorf beim Tag der Bundeswehr

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2024 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können [Ihre persönlichen Daten ändern](#) oder [sich vom Newsletter abmelden](#).

